

# WerteUnion Sachsen-Anhalt

---

 **Freiheitlich-konservativer Aufbruch**

c/o Johannes A. Menke, Leipziger Straße 100, 06108 Halle (Saale)

Halle, den 10.11.2017

Ministerium für Inneres und Sport  
des Landes Sachsen-Anhalt  
Herrn Minister Holger Stahlknecht  
Halberstädter Str. 2  
39112 Magdeburg

## **Offener Brief**

### **Hausbesetzungen in Sachsen-Anhalt**

Sehr geehrter Herr Minister Stahlknecht,

nicht erst seit den G-20-Krawallen in Hamburg ist es in Deutschland allgemein bekannt, dass besetzte Häuser Brutstätten linksextremistischer Gewalt sind.

Dennoch kommt es auch in Sachsen-Anhalt immer wieder zu Hausbesetzungen, so erst jüngst hier in Halle (Saale) in einem Gebäude in der Hafestraße, das im Eigentum der HWG steht. Das Haus wird allgemein, was ich als bekannt voraussetze, als sogenanntes „HASI“ bezeichnet und war bereits Gegenstand von Beratungen des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) aber auch des Landtages von Sachsen-Anhalt.

Erst jüngst konnte man der Presse entnehmen, dass in diesem Haus nachgerade Lehrgänge abgehalten werden, wie man sich im Falle von Durchsuchungen oder bei Räumungen durch die Staatsgewalt verhalten soll.

Die Praxis in anderen Bundesländern zeigt, dass man mit derartigen Hausbesetzungen relativ einfach und darüber hinaus noch vollkommen rechtssicher umgehen kann, indem man durch einen entsprechenden Ministererlass die Polizeidirektionen anweist, besetzte Häuser innerhalb einer bestimmten Frist nach Aufforderung durch den Grundstückseigentümer zu räumen.

# WerteUnion Sachsen-Anhalt

 **Freiheitlich-konservativer Aufbruch**

c/o Johannes A. Menke, Leipziger Straße 100, 06108 Halle (Saale)

In diesem Zusammenhang verweise ich auf die Presseberichterstattung zur Räumung einer leerstehenden Villa in Mainz, die im August 2012 durch Polizeikräfte geräumt wurde, nachdem sie von Hausbesetzern besetzt worden war.

Im Rahmen der Räumung dieser Villa hat die Polizei den vor Ort angetroffenen Personen einen Platzverweis erteilt und den danach noch aufgegriffenen Personen, die aus dem Haus entfernt werden mussten, die Kosten der gesamten Räumung durch die Polizeikräfte aus Sicht des zuständigen Verwaltungsgerichts Mainz zum Teil zu Recht durch Gebührenbescheid auferlegt (Verwaltungsgericht Mainz Urteil vom 08.06.2017, Az.: noch nicht bekannt).

Nach unserem Dafürhalten darf der Rechtsstaat derartige rechtsfreie Räume überhaupt nicht zulassen und muss hier sofort einschreiten. Auch die mit der Räumung verbundenen Kosten den vor Ort angetroffenen Personen anzudrohen, dürfte eine nachhaltige Wirkung erzielen und vor zukünftigen Hausbesetzungen in Sachsen-Anhalt abschrecken.

Eine Kopie meines heutigen Schreibens habe ich der Fraktion im Landtag und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU / FDP – Fraktion im Stadtrat von Halle (Saale) zukommen lassen. Den Inhalt werde ich drüber hinaus in den sozialen Medien veröffentlichen.

Mit freundlichen Grüßen

  
Johannes A. Menke  
Vorsitzender der WerteUnion Sachsen-Anhalt